

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Adolf Kessel und Arnold Schmitt (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Zusätzliche Kapazitäten zur Aufnahme von Asylbewerbern

Die **Kleine Anfrage 1993** vom 7. November 2013 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Seit wann war der Landesregierung bekannt, dass die Aufnahmeeinrichtung in Trier nicht ausreichen wird?
2. Welche verschiedenen Standorte wurden in den vergangenen Monaten landesweit auf ihre Tauglichkeit als Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende geprüft?
3. Wie viele zusätzliche Plätze werden in Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende im kommenden Jahr unter der Maßgabe gebraucht, dass die aktuelle Entwicklung der Asylanträge anhält?
4. Wie ist der aktuelle Stand der Bemühungen der Landesregierung, zusätzliche Erstunterkünfte für Asylsuchende zu schaffen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. November 2013 wie folgt beantwortet:

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt seit dem Jahr 2009 kontinuierlich an. Nach bundesweit 22 085 Erstanträgen im Jahr 2008 und 45 741 im Jahr 2011 waren es 2012 bereits 64 539 Erstanträge. Von Januar 2013 bis Ende Oktober 2013 wurden 87 442 Asylersanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt. Hinzu kommen 13 495 Folgeanträge. Diese Zahlen liegen noch erheblich unter den Zugangszahlen Anfang der 1990er Jahre. Der Höchststand im Jahr 1992 betrug 438 191 Asylersanträge.

Rheinland-Pfalz ist zurzeit verpflichtet, einen Anteil von 4,80847 von Hundert der Asylbewerberinnen und Asylbewerber entsprechend dem derzeit geltenden Königsteiner Schlüssel aufzunehmen.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) Trier ist für die Aufnahme von 700 Personen ausgelegt. Dabei handelt es sich um eine Höchstbelegungskapazität ohne Berücksichtigung sozialer Belange bei der Unterbringung. Werden die Kriterien einer sozialverträglichen Unterbringung, z. B. nur eine Familie pro Zimmer, Berücksichtigung von Ethnie, Geschlecht, Religion, Nationalität usw. berücksichtigt, reduziert sich die Belegungszahl.

Bis Anfang Juni 2012 war die Belegung regelmäßig unter 400 Personen. Danach stieg sie kontinuierlich an und überstieg im Oktober 2012 ihre absolute Kapazitätsgrenze. Dies wurde kurzfristig durch die Nutzung von Funktionsräumen der AfA als Unterbringungsräume aufgefangen. Im November 2012 wurden durch das Aufstellen von Wohn- und Sanitärcontainer auf dem dortigen Gelände 80 weitere Unterbringungsplätze geschaffen, die im Oktober 2013 auf 144 Plätze erweitert wurden. Im November 2012 wurde mit den Planungen zur Inbetriebnahme einer Außenstelle der AfA Trier in Ingelheim neben der GfA (Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige) begonnen. Die Außenstelle ist seit Juni 2013 belegt und bietet Unterbringungsmöglichkeiten für 188 Personen.

b. w.

Zu den Fragen 2 und 4:

Die Nutzung der bereits früher als Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende genutzten Liegenschaft in Ingelheim und deren örtliche Nähe zur gegenwärtig nicht ausgelasteten Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) birgt deutliche Vorteile. Nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Personalressourcen der GfA und der dadurch gewonnen Synergieeffekte konzentrieren sich die Überlegungen auf den Standort Ingelheim. Neben den bereits jetzt als Außenstelle der AfA in Ingelheim genutzten Gebäuden der ehemaligen Aufnahmestelle für Asylbegehrende Ingelheim sollen daher weitere Gebäude in Ingelheim für Zwecke einer neu einzurichtenden Aufnahmeeinrichtung nach § 44 Asylverfahrensgesetz genutzt werden. Der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) ist mit den Planungen und der Ausführung beauftragt. In Ingelheim sollen ab 2015 insgesamt 500 Unterkunftsplätze zur Verfügung stehen.

Zur Überbrückung der notwendigen Umbauarbeiten in Ingelheim wird zurzeit geprüft, ob eine Liegenschaft des Bundes in der Luxemburger Straße in Trier genutzt werden kann. Vor einer Entscheidung werden zurzeit bautechnische Details geprüft. Alternativ wird die Aufstellung von Wohncontainern am Standort Ingelheim geprüft.

Zu Frage 3:

Momentan stehen zur Unterbringung der Asylsuchenden in den Gebäuden der AfA Trier 700 Plätze, in Wohncontainern in Trier 144 Plätze sowie in der Außenstelle Ingelheim 188 Plätze, insgesamt also 1 032 Unterkunftsplätze zur Verfügung. Bei sozialverträglicher Unterbringung wären davon ständig durchschnittlich 825 Plätze nutzbar.

Im Februar 2013 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für das Jahr 2013 eine Zahl von Erstantragstellern prognostiziert, die nicht unter der Zahl des Jahres 2012 (rd. 64 500) liegen dürfte. Für Rheinland-Pfalz hätte das eine Aufnahme von rund 3 100 Personen und bei einer achtwöchigen Belegungsdauer eine durchschnittliche Belegung von 476 Personen bedeutet.

Im April 2013 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ohne Nennung konkreter Zahlen eine deutlich über den Zugangszahlen des Jahres 2012 liegende Anzahl von Erstantragstellern prognostiziert.

Angesichts der damals aktuellen Zugangszahlen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Juli 2013 eine Gesamtzahl von 100 000 Erstantragstellern für das Jahr 2013 nicht mehr ausgeschlossen.

Die aktuellste Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 15. Oktober 2013 geht nunmehr von bis zu 110 000 Erstantragstellern in 2013 aus. Zahlenmäßige Prognosen für das Jahr 2014 werden noch nicht genannt. Es wird lediglich mit einem weiteren deutlichen Anstieg gerechnet. Für Rheinland-Pfalz bedeutet diese neueste Prognose entsprechend dem Königssteiner Schlüssel eine Aufnahme von rund 5 300 Erstantragstellern. Bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von acht Wochen in der AfA bedeutet dies nunmehr eine durchschnittliche Belegung von rund 815 Personen.

Angesichts einer hinzunehmenden Fehlbelegung von rund 25 % wären damit beide Liegenschaften ausgelastet.

Irene Alt
Staatsministerin